

Jahresbericht 2014 der interparlamentarischen Kommission für die Kontrolle der Westschweizer Schulvereinbarung (IPK CSR)

Sehr geehrte Damen und Herren Grossratspräsidentinnen und -präsidenten der Kantone Bern, Freiburg, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf und Jura
Sehr geehrte Damen und Herren Grossrätinnen und Grossräte

Gemäss den nachstehenden Bestimmungen lädt Sie die interparlamentarische Kommission für die Kontrolle der Westschweizer Schulvereinbarung (IPK CSR) ein, von ihrem Jahresbericht Kenntnis zu nehmen.

Das Büro der Kommission setzt sich aus den Präsidentinnen und Präsidenten der kantonalen Delegationen zusammen, d.h. aus den Damen und Herren Abgeordneten:

Pierre Amstutz	BE	
Gaétan Emonet	FR	
Jean Romain	GE	
Raoul Jaeggi	JU	Vizepräsident 2014
Jean-Claude Guyot	NE	Präsident 2014
Alice Glauser	VD	
Yves Fournier	VS	Von April bis September durch Joachim Rausis vertreten

Während des Jahres 2014 ist das Büro zu vier und die IPK CSR zu zwei Sitzungen zusammengetreten.

1. GESETZLICHER RAHMEN

Die Westschweizer Schulvereinbarung vom 21. Juni 2007 (CSR) ist am 1. August 2009 in Kraft getreten. Sie schafft den Westschweizer Bildungsraum im Einklang mit der Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS). Die CSR übernimmt also die zwingenden Bestimmungen der schweizerischen Vereinbarung und erweitert die Verpflichtungen der Westschweizer Kantone auf andere Bereiche der obligatorischen Zusammenarbeit.

Die Tätigkeit der Kommission ist Teil der parlamentarischen Kontrolle interkantonalen Institutionen, die 2001 in der Westschweiz über die «Interkantonale Vereinbarung über die Aushandlung, Ratifikation, Ausführung und Abänderung der interkantonalen Verträge und Vereinbarungen der Kantone mit dem Ausland» allgemein eingeführt wurde. Diese Vereinbarung wurde 2011 durch den «Vertrag über die Mitwirkung der Kantonsparlamente bei der Ausarbeitung, der Ratifizierung, dem Vollzug und der Änderung von interkantonalen Verträgen und von Verträgen der Kantone mit dem Ausland» (ParlVer) ersetzt.

Der vorliegende Jahresbericht der Kommission an die Kantonsparlamente basiert auf den Bestimmungen der Artikel 20 bis 25 von Kapitel 5 der CSR, die vorsehen, dass die Kommission den Jahresbericht, das Budget und die Rechnung der Interkantonalen Erziehungsdirektorenkonferenz der französischen Schweiz und des Tessins (CIIP) prüft.

2. EINLEITENDE BEMERKUNG

Die IPK CSR besteht seit fünf Jahren und hat inzwischen einen guten Arbeitsrhythmus und eine optimale Form der Zusammenarbeit mit der CIIP gefunden. Einige Schwierigkeiten, insbesondere in Sachen Übermittlung grosser Dokumente in elektronischer Form, haben im vergangenen Jahr jedoch daran erinnert, dass die guten Beziehungen zwischen den beiden

Institutionen manchmal von operativen Aspekten abhängen.

Mit dem Entscheid des Kantons Thurgau, den Englischunterricht in der 5H auf Kosten des Französischunterrichts zu privilegieren, wurde die Frage des Fremdsprachenunterrichts in der Primarschule jäh ins Rampenlicht gerückt. Diese Frage ist allerdings nicht neu, denn mehr als ein Dutzend Deutschschweizer Kantone haben beschlossen, dass ihre Kinder zuerst Englisch und erst danach Französisch lernen sollen. Über die pädagogischen Aspekte hinaus wirft das Vorgehen der Deutschschweizer Kantone eine Reihe von heiklen politischen Fragen auf Ebene des nationalen Zusammenhalts und der Stellung der sprachlichen Minderheiten auf. Das Büro hat sich 2014 auf die berufspraktische Ausbildung für die Sekundarstufe an den PH konzentriert und wird sich 2015 mit der heiklen Problematik des Sprachunterrichts befassen.

3. TÄTIGKEITSBERICHT 2013

Der Tätigkeitsbericht zuhanden der Kommission gibt Jahr für Jahr Auskunft über die Arbeiten zur Umsetzung der Westschweizer Schulvereinbarung. Parallel zu diesem Dokument veröffentlicht die CIIP ihren umfangreicheren Jahresbericht, der sämtliche Aktivitäten der CIIP im Jahre 2013 erläutert und weit über die im Rahmen der CSR verwalteten Aktivitäten hinausgeht. Am Ende dieses allgemeinen Berichts findet sich eine Auflistung der Mitglieder der ständigen Organe der Konferenz, also der teilnehmenden Kantonsvertreter/innen. Dieses Dokument findet sich auf der Website der CIIP: http://www.ciip.ch/la_ciip/documents_officiels/rapports_annuels

4. RECHNUNG 2013

Die Rechnung 2013 schloss auf Ebene der Laufenden Rechnung mit einem positiven Resultat ab, was insbesondere den Einsparungen im Personalbereich zu verdanken ist.

Was die Investitionsrechnung anbelangt, so gilt zu erwähnen, dass 2013 das erste Jahr nach Auflösung des Westschweizer Lehrmittelfonds war, der seit mehr als dreissig Jahren existierte. Folglich ging die CIIP zu einem Investitionssystem mit einer Berechnung der für die Realisierungen im Laufe des Jahres nötigen Kredite gemäss geltendem Verteilschlüssel über. Diese Praxis bringt grundlegende Veränderungen mit sich, denn bislang ermöglichte es der Fonds, eine Reserve zu bilden, aus der die CIIP zur Finanzierung eines Lehrmittels schöpfen konnte.

Der Aufwandüberschuss 2013 entspricht den nötigen Investitionen zur Anschaffung oder Realisierung neuer Westschweizer Lehrmittel gemäss dem von der CIIP festgelegten Zeitplan, welcher auf der Website der Konferenz verfügbar ist.

Die Differenz gegenüber dem Budget erklärt sich durch die Verschiebung oder Verspätung gewisser Projekte. Die Berechnung des Budgets stützt sich insbesondere auf eine gleichzeitige Einführung der Lehrmittel in den Klassen durch die Kantone. Der Zeitpunkt der Einführung wird durch die Kantone bestimmt. Als beispielsweise die beiden grössten Kantone Waadt und Genf, welche 60% der Anschaffungen ausmachen, die Einführung der Englisch-Lehrmittel um ein oder zwei Jahre verschoben haben, hatte dies entsprechende Auswirkungen auf den Ertrag und die Amortisationen.

Aus diesem Grund ist die Differenz Aufwand/Ertrag im Budget 2015 ziemlich umfangreich. 2018 sollte es zu einer Trendwende kommen und der Ertrag aus dem Verkauf sollte schliesslich die beantragten Investitionskredite übersteigen.

5. BUDGET 2015

Ganz allgemein ist das Betriebsbudget 2015 stabil, während das Investitionsbudget tendenziell zunimmt.

Die Plenarversammlung der CIIP hat auf eine Indexierung der Kantonsbeiträge für das Budget 2015 verzichtet, obwohl im Finanzplan eine Indexierung von 2% vorgesehen war, die namentlich der vom Kanton Neuenburg festgelegten Lohnindexierung entspricht. Die Finanzsituation dieses Kantons sieht allerdings nicht gerade rosig aus, was wiederum quasi zu einer Nullrunde für seine Angestellten geführt hat.

Dank einer Vielzahl kleiner Einsparungen konnte ein Budget ohne Indexierung erreicht werden. Auf Ebene der Finanzplanung wurde die Indexierung auf 1% halbiert. Die Departementsvorsteher wollten vorsichtshalber ein kleines Wachstum aufgrund der Lohnperspektiven belassen. Bei den Tätigkeiten ist – abgesehen von der natürlichen Entwicklung der Institution – keine Zunahme zu verzeichnen.

Das Investitionsbudget dürfte aufgrund der Finanzierung neuer Lehrmittel einen Höchststand erreichen. Es beläuft sich aufgrund der bereits angesprochenen Verschiebung des «Return on Investment» durch den Lehrmittelverkauf auf 2,8 Millionen Franken. Schlussendlich werden alle realisierten Lehrmittel amortisiert – grundsätzlich über 8 Jahre, wobei sich diese Frist um ein oder zwei Jahre verlängern kann, wenn der eine oder andere Kanton die Anschaffung dieser Lehrmittel verschiebt.

Die CIIP befindet sich momentan in einer Übergangsphase getreu nach dem Motto «zehn Jahre für die Realisierung des PER (Westschweizer Lehrplan) und zehn Jahre für die Realisierung der MER (Westschweizer Lehrmittel)», also 1999 bis 2009 resp. 2009 bis 2019. Die nächste und letzte Grossbaustelle werden die Lehrmittel Mathematik 1. und 2. Zyklus sein. Die politischen Entscheide werden entweder im November 2014 oder im März 2015 mittels Gewährung eines detaillierten Investitionskredits fallen, der in die Budgets 2016 und Folgende aufgenommen wird. Dies bedeutet wiederum, dass die Lehrpersonen ab 2020 in den meisten Fächern über didaktische Ressourcen verfügen werden, die im Einklang mit dem Westschweizer Lehrplan stehen. Ab diesem Zeitpunkt wird der PER vollständig umgesetzt sein.

2016 wird die Finanzverwaltung der CIIP zum System HRM2 (Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell 2, welches die Grundlage für die Rechnungslegung der Kantone und Gemeinden darstellt) übergehen, was zu einer Neustrukturierung des Finanzplans führen wird. Mehrere Kantone und Gemeinden haben diesen Schritt bereits vollzogen und das neue Modell eingeführt.

Die Kommission wird die Entwicklung des Budgets der CIIP genau beobachten, insbesondere was den «Return on Investment» infolge der beträchtlichen Investitionen für die Realisierung der neuen Lehrmittel anbelangt.

6. PLENARSITZUNG ZUM THEMA BERUFSPRAKTISCHE AUSBILDUNG AN DEN PH

In sämtlichen Westschweizer Kantonen haben Lehrpersonen, aber auch PH-Studierende/Absolventen Kritik an der Qualität und Bedeutung der berufspraktischen Ausbildung für die Lehrpersonen der Sekundarstufe an den PH geäußert. Vor diesem Hintergrund wollte sich das Büro nach Rücksprache mit der CIIP ein genaueres Bild über diese Ausbildung in den Kantonen machen. Zu diesem Zweck hat das Büro verschiedene Vertreter der Westschweizer und Deutschschweizer PH sowie Studierende zu seiner Sitzung vom Freitag, 3. Oktober 2014 eingeladen, um:

- den Mitgliedern der IPK eine Definition der berufspraktischen Ausbildung für die Lehrpersonen der Sekundarstufe zu geben;
- die Kommission über die konkrete Umsetzung in jeder Schule (insbesondere Dotierung der berufspraktischen Ausbildung in Sachen ECTS-Punkte und prozentualer Anteil an der gesamten Ausbildungszeit) zu informieren;
- über den Anteil der Praxis an der gesamten Ausbildungszeit der Lehrpersonen, über ihre Anerkennung in Form von ECTS-Punkten und über die Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis zu debattieren.

Folgende Personen nahmen an der Diskussion teil:

- Heini Beer, Co-Leiter Berufspraktische Studien, und Reto Hunkeler, Fachleiter Französisch, Pädagogische Hochschule St. Gallen;
- Christiane Ammann, Leiterin Vorbereitungskurs, Pädagogische Hochschule Bern;
- Patrice Clivaz, Direktor der Pädagogischen Hochschule Wallis;
- Jean-Steve Meia, Verantwortlicher für die Sekundarbildung, Pädagogische Hochschule BEJUNE;
- Samuel Vannay, ehemaliger Student an der PH-VS;
- Lucie Babel, Studentin an der PH BEJUNE.

Die EDK definiert die berufspraktische Ausbildung folgendermassen:

Unter die Bestimmung «berufspraktische Ausbildung» fallen alle praktisch angelegten, im Studienplan verankerten und professionell begleiteten Lehr- und Lernanlässe, welche im unmittelbaren Kontakt mit dem Berufsfeld der Studierenden stehen und der Förderung der Handlungskompetenz als Lehrperson dienen. Insbesondere zählen dazu:

- *Hospitationen und Unterrichtspraktika (Erkundungs-, Stunden-, Tages-, Wochenpraktika) an Zielschulen oder benachbarten Schultypen bzw. –stufen (inkl. sonder- und heilpädagogische Einrichtungen),*
- *Lehrveranstaltungen mit einem überwiegenden Anteil an unterrichtspraktischen Übungen,*
- *Assistenzen in Schulen,*
- *Teilnahme an Veranstaltungen für Eltern oder Behörden sowie*
- *Teilnahme an Schulanlässen (inkl. Vorbereitung und Auswertung).*

Was die ECTS-Punkte angeht, so sieht die EDK für die Ausbildung der Lehrpersonen für die Sekundarstufe I mindestens 50 ECTS-Punkte für die berufspraktische Ausbildung vor, also rund 1/5 der insgesamt 270 ECTS-Punkte. Für das Diplom Sekundarstufe II sind es mindestens 15 der insgesamt 60 ECTS-Punkte, also 1/4. Auf der Primarstufe macht die berufspraktische Ausbildung in den verschiedenen Schweizer PH zwischen 20 und 35% der gesamten ECTS-Punkte aus.

In der Schweiz existiert also eine Vielfalt an Ausbildungsmodellen, die sich allesamt in den von der EDK vorgegebenen Rahmen einfügen. Über den quantitativen Aspekt hinaus, ist es natürlich in erster Linie die Qualität der Ausbildung der künftigen Lehrpersonen, die den Westschweizer Abgeordneten am Herzen liegt. Vor diesem Hintergrund weist das Büro auf eine Schlussfolgerung des «Bildungsberichts Schweiz 2014» der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF) hin:

Das Thema der Strukturierung der Ausbildung für die Sekundarstufe I erschöpft sich allerdings bei der Beschreibung der Situation an den verschiedenen Hochschulen. Weiterführende vergleichende Studien liegen für die Schweiz nicht vor. So kann auch

kein Vergleich der Wirksamkeit der verschiedenen Modelle der Lehrkräfteausbildung vorgenommen werden.

Das Büro wird 2015 prüfen, wie dieser thematische Tag weiterverfolgt und eine konkrete Massnahme zur Verbesserung der berufspraktischen Ausbildung unserer zukünftigen Lehrpersonen vorgeschlagen werden kann. Dies könnte in Form eines Vorstosses der IPK im Rahmen des ParlVer oder einer Empfehlung zuhanden der Kantonsparlamente bewerkstelligt werden.

7. SCHLUSSFOLGERUNG – ABSCHLIESSENDE EMPFEHLUNG

Die Interparlamentarische Kommission für die Kontrolle der Westschweizer Schulvereinbarung (IPK CSR) empfiehlt den Parlamenten der Kantone Bern, Freiburg, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf und Jura, den Rechenschaftsbericht der CIIP, der ihnen gemäss Artikel 20 der Westschweizer Schulvereinbarung unterbreitet wird, zur Kenntnis zu nehmen.

Jean-Claude Guyot

Neuenburg, Januar 2015

Präsident IPK CSR